

Frau
amtsführende Stadträtin
der Geschäftsgruppe
Umwelt
Mag. Ulli Sima

Gemeinderatsausschuß
Umwelt

Eingel. - 5. OKT. 2012

Zahl.: PGL 3513/12/KFP/GAT 4000/82041

PGL - 03513-2012/0001 - KFP/GAT

Wien, 4-10-2012
MDSJOK

Antrag der Gemeinderäte Ing.
Udo Guggenbichler, Manfred
Hofbauer, MAS, Angela Schütz,
Christian Unger und Wolfgang
Irschik betreffend drohende
Umsiedelung / Lenkung der
Ziesel beim Heeresspital

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Die Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und
Stadtsenat gestattet sich in der Anlage den o.a. Antrag, der
in der Sitzung des Gemeinderates vom 4. Oktober 2012 einge-
bracht und dem Gemeinderatsausschuss für Umwelt zugewiesen
worden ist, zu übermitteln.

Es sei in diesem Zusammenhang bemerkt, dass dieser Antrag ent-
sprechend dem § 35 Abs. 3 und 3a der Geschäftsordnung für den
Gemeinderat in Behandlung zu nehmen ist.

1 Beilage

Mit vorzüglicher Hochachtung
Für den Magistratsdirektor:
Margarete Kriz
Oberamtsrätin

Antrag der FPÖ-Gemeinderäte Ing. Udo Guggenbichler, Manfred Hofbauer MAS, Angela Schütz, Christian Unger und Wolfgang Irschik betreffend drohender Umsiedelung / Lenkung der Ziesel beim Heeresspital

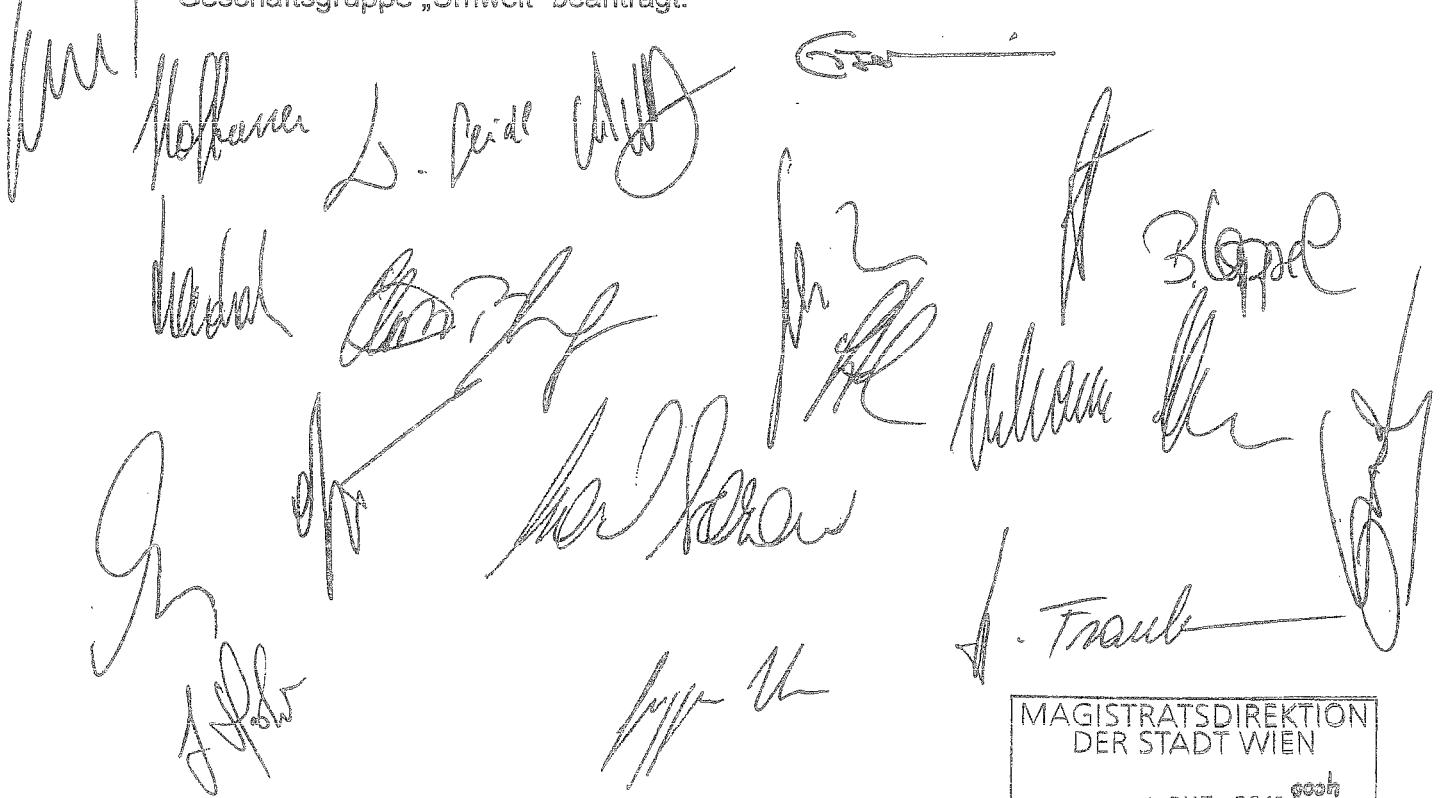
Durch die drohende Umsiedelung der Ziesel-Population auf sogenannte Ausgleichsflächen und die darauf folgende Zerstörung des Habitats durch Bebauung wird gegen geltende Artenschutzbestimmungen sowie gegen die FFH Richtlinie (RICHTLINIE 92/43/EWG DES RATES) verstößen. Diese Vorgangsweise ist nicht nur im Interesse des Arten- und Umweltschutzes einzustellen, sondern auch im Interesse der Bürger. Denn die dadurch zu erwartenden Kosten müssen aus Steuergeldern gedeckt werden.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 35 der Geschäftsordnung des Gemeinderates nachfolgenden

Antrag:

Die zuständige Stadträtin möge veranlassen, dass der drohenden Umsiedelung / Umlenkung der Ziesel am Areal nördlich des Heeresspital, welche gegen geltende Artenschutzbestimmungen (RICHTLINIE 92/43/EWG DES RATES) verstößt, umgehend Einhalt geboten wird. Stattdessen sollen Planungsgrundlagen für die Absiedelung des Bauprojektes auf geeigneten Ausgleichsflächen geschaffen werden.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung des Antrages an den Ausschuss der Geschäftsgruppe „Umwelt“ beantragt.



MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN
Eing.: 4. OKT. 2012 *sech*
PGL-035/3-2012/001-KFP/GAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat